

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Sernprecher Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Sernprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und Sonntage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 82

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Montag, 11. April 1921 (No. 1. St.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Stegerwald mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 10. April. Der preussische Landtag trat gestern morgen 11 Uhr zusammen. Um 10 Uhr trat die Zentrumsfraktion nochmals zu einer Sitzung zusammen. In dieser Sitzung erklärte sich Stegerwald zur Übernahme des Postens des Ministerpräsidenten bereit. Die Sitzung des Landtages ist stark besucht. Auch die Tribünen weisen eine starke Besetzung auf. Nach Eröffnung der Sitzung wird zunächst die endgültige Wahl des Präsidiums des Landtages vorgenommen. Die bisherigen Mitglieder des Präsidiums, also Beimer (Soz.), Borck (Zentr.), von Kries (Deutsch-national), und Garmisch (Deutsche Vp.) werden ohne Debatte gewählt.

Hierauf erfolgt die Wahl des Ministerpräsidenten und zwar durch Namensaufruf. Gewählt wurde der bisherige preussische Wohlfahrtsminister Stegerwald, der sich in der vorausgehenden Sitzung der Zentrumsfraktion zur Übernahme des Ministerpräsidenten bereit erklärt hatte, zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl erfolgte ohne Debatte, der Vorsitz der Verlesung entfiel, mit 332 Stimmen von insgesamt 385 abgegebenen Stimmen. 25 Stimmen entfielen auf den Vp., Ludwig je eine Stimme auf die Abgeordneten Jacoby-Hoffmann, Hoffmann, Schöten und Apfelbaum, 4 Stimmen waren unglücklich, 23 Stimmzettel unbeschrieben.

Die Wahl des Ministerpräsidenten sind die Schwierigkeiten der Lage überhaupt natürlich noch lange nicht überwunden. Stegerwald selbst betrachtet sich für den Augenblick nur als das Haupt eines Geschäftsministeriums. Es bedarf seiner besonderen Gewandtheit, daß Stegerwald sein Amt ohne gebundene Marchroute und ohne Festlegung auf eine bestimmte Koalition übernehmen kann. Wenn die Sozialdemokraten für ihn gestimmt haben, so haben sie das getan unter Preisgabe des gestern eingenommenen Standpunktes, daß sie nur einen Mann zum preussischen Ministerpräsidenten wählen wollten, der sich auf die alte Koalition verpflichtete.

Einem Vertreter der E.P. äußerte sich Stegerwald über die Art, wie er seine nächsten Aufgaben zu lösen gedenkt. Stegerwald beabsichtigt zunächst, ein Geschäftsministerium zu bilden, in welchem aber nicht nur Beamte sitzen sollen, sondern auch Politiker bezw. Parlamentarier, da der neue Prä-

sident der Ansicht ist, daß er für die Führung der Geschäfte der Mitwirkung maßgebender Parlamentarier nicht entzagen kann. Stegerwald will zunächst Verhandlungen mit einigen bisherigen Mitgliedern des Kabinetts führen, um diese auch für sein Kabinett zu gewinnen.

Unseres Erachtens ist, so schreibt die R. V., für Herrn Stegerwald der große Tag gekommen. Er kann jetzt den Versuch einer großartigen Staatspolitik machen. Es hängt allerdings nicht allein von ihm ab, ob er damit Erfolg haben wird. Wenn wir Hoffnung auf eine gute Lösung haben, so liegt sie nicht allein in der Tatsache, daß Stegerwald Vertrauen in den verschiedensten Parteikreisen nicht nur in der Mitte, sondern auch links und rechts genießt. Er stammt aus der christlichen Arbeiterbewegung und ist jedem Klassen- und Klassengeist abhold. Politisch ist er ein ehrlicher Anhänger des demokratischen Gedankens. Er vereint in seiner Persönlichkeit Eigenschaften, die ihn sowohl bei der Sozialdemokratie, als auch bei den rechts vom Zentrum stehenden Parteien empfehlen. Das alles sind günstige Vorzeichen für seine Ministerpräsidentschaft.

Wir wiederholen, was wir schon früher gesagt haben, daß der preussische Ministerpräsident Stegerwald sich nicht nur als Vertreter eines fest umrissenen politischen Programms ansehen möge. So wie wir ihn kennen, kommt nur das letztere in Frage. Wenn er jetzt, wie es heißt, die Absicht hat, ein Geschäftsministerium zu bilden, so ist das für den Augenblick vielleicht das Beste, das Ziel muß aber ein politisches Ministerium sein, das eine gesunde Politik der Mitte erstrebt, die sich der Unterstützung der Kräfte von der Rechten Parteien erfreut.

Die Presse.

Berlin, 10. April. Nach der R. V. meint die Sozialistische Korrespondenz, daß Stegerwald den Aufstieg suchen werde, neben Wollfsten aus den drei alten Koalitionsparteien B. a. n. in das Kabinett aufzunehmen. Dagegen werde die Sozialdemokratie grundsätzlichen Einspruch nicht erheben, wenn die Person dieser Beamten die Garantie dafür biete, daß sie mit den bisherigen Koalitionsparteien zusammenarbeiten könnten. Die Sozialdemokratie in ein solches gemischtes Kabinett eintreten wird, hängt davon ab, ob die Zahl und die Art der ihr angebotenen Ministerien ihr die Sicherheit für einen günstigen Einfluß biete. Die Entscheidung hierüber dürfte Mitte dieser Woche fallen.

In der Kreuzzeitung schreibt Graf Westarp u. a.: Eine Koalition von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen wird das Kabinett Stegerwald, obwohl die dazu rechnenden Parteien ihn gestern zum Ministerpräsidenten gewählt haben, auf die Dauer sicher nicht stützen. Man würde sich, wie ich glaube, einer zu hoffnungslosen Zäsur hingeben, wollte man es für ausgeschlossen halten, daß einer der beiden Pläne, die Sozialdemokratie an der Regierung zu beteiligen, also der Fortbestand der alten Koalition oder deren Erweiterung durch die Deutsche Volkspartei, nicht doch noch auf dem jetzt eingeschlagenen Umwege zur Durchführung gelangen.

In der Deutschen Tageszeitung wird eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht, die u. a. besagt:

Die preussische Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat ihre Stimmen dem vom Zentrum aufgestellten Kandidaten Stegerwald gegeben. Sie mußte das schon deshalb tun, weil bei der Zeit des Wahlvorganges andernfalls seine Sicherheit dagegen gegeben war, daß ein Sozialdemokrat, vermutlich Herr Otto Braun, gewählt würde. Die weitere Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zum Ministerpräsidenten Stegerwald wird selbstverständlich von der Art abhängen, wie er sein Ministerium zusammenstellt.

Die demokratische Volkszeitung schreibt u. a.: Stegerwald dürfte zunächst den Versuch machen, eine sogenannte große Koalition zustande zu bringen. Der Streit wird also von neuem beginnen. Es ist dem letzten Geschehnisse des neuen Ministerpräsidenten gelungen, die Hindernisse bei den Sozialdemokraten wie auch bei der Deutschen Volkspartei zu überwinden, ist fraglich und bleibt abzuwarten. Neben der großen Koalition sind aber noch wie vor alle anderen Möglichkeiten gegeben. Eine Prognose, wie sich das Kabinett Stegerwald zusammenstellen und auf welche Parteien es sich stützen wird, ist im Augenblick nicht möglich. Ja, man muß sogar damit rechnen, daß Stegerwald, wenn es ihm nicht gelingen sollte, eine tragfähige Regierungsmehrheit zusammenzubringen, sein Mandat unter Umständen wieder in die Hände des Landtages zurücklegen wird.

Sönnerrath schreibt der Vorwärts: „In dieser Situation mußte eine Verfassung der besten Ansichten haben, in deren politischem Charakter die weitestgehenden Möglichkeiten liegen. Eine solche glaubt man in den bisherigen Wollfstenminister Stegerwald gefunden zu haben. Stegerwald ist Zentrumsmann, Arbeiter von Hause aus und christlicher Gewerkschaftsführer. In der alten Koalition hat er mit den sozialdemokratischen Ministern in gutem Einvernehmen zusammengearbeitet. Durch seine bekannten Bestrebungen, eine große christlich-sozialistische Partei über das Zentrum hinaus zu gründen, hat er die Aufmerksamkeit weiterer politischer Kreise auf sich gelenkt.“

Die ihre Unterdrückung auf die Liste setzten, die herumgereicht wurden, und in denen erklärt wurde, daß die Unterzeichner die Zuteilung Oberschlesens an Polen wünschten. Die meisten Leute lassen sich dadurch einschleichen und unterschreiben die Listen. Im Kreise Gofel ziehen politische Werber umher, die Unterfunkt für Gallersoldaten befehlen, die in kurzem einrücken würden.

Deutschland und Rußland.

London, 10. April. Rueter erfährt aus polnischer Quelle, daß der Vertreter Sowjetrusslands in Warschau, Joffe, in einer Unterredung mit einem Vertreter der Radaja Gajda erklärte, die Bedeutung des Friedens mit Polen bestünde nicht in der Unterdrückung der Kriegsgefahr. Ein Konflikt im gegenwärtigen Augenblick sei unmöglich, selbst in Gedanken. Die Wichtigkeit des Friedens liege für Rußland in der Tatsache, daß es jetzt in der Lage sein werde, Vorteile aus der Öffnung des polnischen Gebietes zu ziehen durch die Wiederherstellung der Transitverbindung mit Deutschland. Die Produktion der polnischen Industrie allein sei für Rußland und seine Bedürfnisse ungenügend. Rußland erwarte große Einfuhr aus Deutschland. (Da würden wohl bald die Sanktionsmaßnahmen kommen und freundlich zur Ausfuhr befehlen.)

Entspannung der Lage.

London, 10. April. Rueter. Die unerwartete Ankündigung, daß der Vergarbeiterverband keine Mitglieder anwerbe, nichts gegen die zur Sicherheit der Vergarwerke notwendigen Maßnahmen zu unternehmen, hat die Lage beträchtlich entspannt. Während des ganzen gestrigen Tages strömten ununterbrochen Freiwillige durch London, die sich für alle Rottschandendienste während des Ausstands zur Verfügung stellten. Sämtliche eingehenden Berichte zeigten auch weiterhin eine Abneigung der Eisenbahner, den Ausstand zu unterstützen. Besonders bemerkenswert ist, daß die Eisenbahner in dem für gewöhnlich sehr unruhigen Südwales in nichts den Ausstand begünstigten. Auch in Gull gehen unter den Eisenbahnern die Meinungen sehr stark auseinander. Die Verhandlungen zwischen Lord George und Vertretern des Arbeiterbundes wurden den ganzen Tag über fortgesetzt. Die Lage scheint sich gebessert zu haben.

Das christliche Wirtschaftssystem.

Von Dr. Hermann Reinfried.

Die Liquidation des Krieges hat uns vor die schwere Aufgabe gestellt, auf dem schnellsten und besten Wege die Wiederaufrichtung des zerstörten zu beginnen und durchzuführen. Die Beobachtung, die wir im Hinblick auf die Vorkämpfe und Versuche zum Wiederaufbau in politisch-wirtschaftlichen Betrachtungen gemacht haben, belehrt uns, daß wir gegenwärtig politisch und wirtschaftlich vom Augenblick und für den Augenblick leben. An große Ziele wird wenig gedacht, weil die Unklarheit der Zeit uns dazu wenig Spielraum läßt. Wertschöpfende Gedanken gedeihen nur in der Atmosphäre der Ruhe und Sammlung, wozu uns leider weder die innerpolitischen noch die außenpolitischen Verhältnisse besondere Möglichkeiten gegeben haben. Und doch muß bei aller Unsicherheit unseres zukünftigen Lebens eines bereits ins Auge gefaßt werden: Die alten Methoden und Denkweisen hat die neue Zeit fortgeschleppt; nur soweit sie sich bewährt haben, darf an ihnen als Vorläufern festgehalten werden. Eine neue Zeit fordert neue Menschen und neue Hilfsmittel. Eine Gesundung der politischen Lage der Gegenwart geht über die Lösung des Wirtschaftsproblems und somit auch über die Erfüllung des Versalles Vertrags in den Grenzen der Möglichkeit, denn ohne die neuerfindende Volkswirtschaft wird weder das deutsche Volk wieder erheben, noch kann der Friedensvertrag auch in kleinem Umfange zur Ausführung kommen.

Die deutsche Wirtschaft der Vorkriegszeit war trotz aller äußeren Anfeindungen und Kriegen auf einem hohen und unerschütterlichen Grundbau errichtet. Die soziale Frage, ein Produkt verarbeiteter Wirtschaftsentwicklung, hat katastrophale Wirkungen ausgelöst: Sie hat die Nation zertrüffelt und zerstört, hat die verschiedenen Stände und Berufsstände in erbitterte Feindschaft gegeneinander gebracht und der Wirtschaft breiter Massen Tür und Tor weit aufgetan. Die sozialen Wirtschaftsprobleme und Verhältnisse tragen eine große Schuld an der Revolution und damit an einem schweren nationalen Unheil, das unserem Volke empfindliche Opfer an Blut und Gut auferlegte.

Die abnorme und ungesunde Wirtschaftsentwicklung vor dem Kriege hat ihre Wurzeln nicht etwa in einer bestimmten ökonomischen Auffassung der Güterproduktion, der Güterverteilung und der Kapitalverwertung, sondern in der Entchristlichung der Gesellschaft, in der Entseelung der Menschen, in der Vernachlässigung und Vernichtung des Lebens und der daraus sich ergebenden Ziellosigkeit und einseitigen Betonung des materiellen Fortschritts. Nach solcher Verwahrung erscheint das kapitalistische System als Welt- und Lebensanschauung, nicht als wirtschaftliche Klassifikation einer Epoche. Nicht von außen trat der Kapitalismus an den Menschen heran und zwang diesen in seinen Bann, sondern im Innern des Menschen vollzog sich der Umbruch. Der Geist wurde vergiftet, die Seele beschmutzt: Da ward das kapitalistische Denken geboren. Der Kapitalismus hat an sich mit der Philosophie absolut nichts zu tun; und doch fanden beide in Wechselwirkung in den Zeiten eines Menen, Senel und Feuerbach, deren Ideen mit heißer Bier von vielen aufgenommen und ins praktische Leben umgesetzt wurden. Denn es gibt ja eine noch so bedeutende Neuerung und Ansicht, die nicht so leicht ihre Überzeugten Profeten und Nachbeter hätte. Was Menen über das Leben Jesu geschrieben hat, konnte ebenso gut ins Gegenteil verkehrt werden. Wie Annahmen und Theorien lassen sich nicht jahrelang verdrängen, sondern sie müssen sich im Leben bewähren. Wer flüchtet sich heute noch auf die Philosophie und Wissenschaft eines Menen? Wer flüchtet sich heute noch in die verführerischen Phantasien eines Feuerbach, dessen Werte die dämlichsten und irrigsten Behauptungen (nicht mehr), aber keine tiefen Gedanken und noch weniger philosophisch-religiösen Grundanschauungen enthalten. Wenn sie auch heute völlig bedeutungslos und weggeschleppt sind, so üben sie doch einmal auf leicht empfängliche und leicht sich wandelnde Gemüter ihre verhängnisvolle Wirkung aus: Das Christentum veränderte in den Herzen jener Verführten, war die Religion doch durch die zeitgenössische Philosophie proklamiert und die Person Jesu ihres überweltlichen Charakters entkleidet. Die Ehrfurcht vor der göttlichen Weltordnung in der Menschenvollmacht verflüchtete sich mehr und mehr. Man sah nur den äußeren Fluß des Lebens, das Sichtbare in der Welt: Der Atheismus machte Schule, und jetzt war die Bahn für den trübseligen Individualismus und Kapitalismus frei, die Religion und Gottesglauben abzuwerfen.

Der Individualismus ist die Religion des eigenen Ich, ist der Wille und der Anspruch des persönlichen Charakters und der persönlichen Macht. Er treibt reine Egoisten, und er treibt auch die Ziele schneller nahe kommen. Das war die Lösung kapitalistischer Aufgaben, denen wir am Schicksal ihrer Person, nicht aber am Dasein des Nächsten gelegen war. Der Individualismus erzeugte den Überalismus, jene Störung im politischen und wirtschaftlichen Be-

Neuestes in Kürze.

Offenburg (Baden), 11. April. In der Gemeinde-sparkasse Mittenheim wurde nachts eingebrochen und der Geldschrank durch Feuerlopfapparat geöffnet, woraus die Kasse fast 1 Million in Wertpapieren raubten.

Bern, 8. April. Der Schweizerische Bundespräsident hat den früheren Kaiser Karl wissen lassen, es sei wünschenswert, wenn er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehme. Der Aufenthalt in der Schweiz ist daher nur vorübergehend.

Paris, 10. April. Laut Meldungen der Chicago Tribune wird die deutsche Protestnote gegen die Zwangsmaßnahmen vom Völkerbund im Juni beantwortet werden. (Also doch!)

Madrid, 11. April. Am Dienstag wurde in Madrid ein syndikalistisches Attentat gegen eine Gruppe Arbeiter vom katolischen Syndikat verübt, bei dem ein Arbeiter getötet und drei verwundet wurden.

Der Reparationsausschuß souverän — auf Kosten Deutschlands.

Paris, 10. April. Am Dienstag wird die französische Kammer ihre Sitzungen wieder aufnehmen und u. a. dann in die Beratung des Sonderbundesvertrags über die Reparationen, die nach dem Friedensvertrag von Versailles Frankreich zurückerstattet werden müssen, eintreten.

Ueber dieses Budget erstattete Abgeordneter de Baethrie Bericht, in dem er u. a. sagte, zu wiederholten Malen seien begründete Kritiken gegen das Personal der Wiederherstellungskommission und über gewisse übertriebene Gehälter laut geworden. Er machte vergebens den Versuch, das Budget der Wiederherstellungskommission zu erlangen. Der Außenminister habe ihn geantwortet, nach § 7 Absatz 2 des Artikels 8 des Friedensvertrages von Versailles sei nach dieser Hinsicht die Wiederherstellungskommission souverän. Alle Kosten gingen auf Kosten Deutschlands. Vom französischen Finanzministerium sei kein Vorschlag geleistet worden. Diese Gänge will der Berichtsteller nicht gelten lassen. Es scheint ihm unmöglich, unter dem Vorwand, daß die Wiederherstellungskommission ein interalliiertes Organismus sei, zu erklären, daß keines der alliierten Parlamente das Recht hätte,

Auskünfte über die Bedingungen zu verlangen.

unter denen die Wiederherstellungskommission arbeite. Uebrigens versucht die Presse zu beweisen, daß die Wiederherstellungskommission nur funktionieren und handeln könne nach einem Nebereinkommen der Regierungen, die dazu besondere Konferenzen einberufen müßten. Zahlenmäßig stellt der Bericht fest, daß für den Wiederaufbau der bereinigten Gebiete, wenn man sie in ihren damaligen Wert von 1914 berechne, 26 Milliarden erforderlich seien. Je nachdem man den Koeffizienten mit drei, vier oder fünf annehme, komme man also auf eine Summe, die zwischen 80 und 130 Milliarden schwänke. Selbst bei dem Minimalbetrag von 80 Milliarden müßte man 10 Jahre hindurch jedes Jahr acht Milliarden flüssig machen. Der Bericht stellt ferner fest, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen müsse und daß es dazu in der Lage sei, weil es seine äußere Schuld habe, und trotz seiner Niedriglage mit seinen intakten Bergwerken und Fabriken sich in einer bevorzugten Stellung befinde. Seine augenblickliche Rottage sei gemacht. (camoufflée).

Polen pfeift auf den Völkerbund.

Kattowitz, 9. April. Die durch die Verteilung von Verbandstruppen auf die besonders unruhigen Orte und Gebiete und durch den Belagerungszustand erzwungene Ruhe dauert an. Aber Polen ist jetzt eifrig am Werke, durch emsige Werbung von Mund zu Mund sein Ziel zu erreichen. Sendlinge gehen besonders auf den Dörfern von Haus zu Haus, um Unterschriften für die Zuteilung des ganzen industriellen Oberschlesiens an Polen zu sammeln. Es wird in solchen Fällen nicht mit der üblichen Einschüchterung und mit Schwindel gepart, und es sind nicht wenige Personen, die aus Angst oder aus Mangel an einem Urteil unterschreiben. Der polnische Werber Dr. Golus arbeitet besonders in den Kreisen Gofel und Gofelrechtlich unter den Beamten, denen er einredet, daß die beiden Kreise bestimmt Polen zufallen werden. Mit den Landarbeitern wird derselbe Bluff gemacht, ebenso mit denen, die in der Industrie beschäftigt sind. Diesen Leuten wird eingeredet, daß nur die in der Industrie Beschäftigten hätten, die vom polnischen Abstammungsausschuß eine Befreiung hätten, und daß Kohlen nur die erhielten,

nter

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

il

Heute, 11. April 1921.

Es sind eingegangen:
 Ungenannt Neuz 5 Mark,
 G. R., Ramthal, 5 Mark.
 Weitere Spenden nimmt anhangen die Ges.
 dieser Zeitung.

